

Stellungnahme des Beirats zum Sachsen-Monitor 2016

1) Berufung, Konstituierung des Beirats, Verfahren

Die Mitglieder des Beirats zum Sachsen-Monitor 2016 wurden von der Staatskanzlei im Auftrag der Staatsregierung berufen. Dem berufenen Beirat gehörten an:

- 1) Herr Alexander Ahrens, Oberbürgermeister Bautzen,
- 2) Herr Dr. Christian Demuth, Bürger Courage e. V.,
- 3) Frau Prof. Dr. Beate Neuss, TU Chemnitz,
- 4) Herr Frank Richter, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB),
- 5) Frau Prof. Dr. Barbara Wolf, Hochschule Mittweida,
- 6) Herr Uwe Schwabe, Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V.

Herr Schwabe sagte seine Teilnahme ab und beteiligte sich nicht an den Beratungen.

Die Mitglieder des Beirats leisteten ihre Arbeit ehrenamtlich.

Konstituierende Sitzung / Verfahren

Die konstituierende Sitzung des Beirats fand statt am 27.06.2016.

Die Vertreter der Staatskanzlei beriefen Herrn Richter (Direktor der SLpB) zum Leiter des Beirats. Die anwesenden Mitglieder des Beirats erhoben keinen Einwand.

Die für eine kontinuierliche Erhebung vorgesehenen Trendfragen waren von der Staatsregierung festgelegt worden und wurden vom Vertreter der beauftragten dimap GmbH vorgestellt. Hinsichtlich dieser Fragen trugen die Mitglieder des Beirats Anregungen und Korrekturvorschläge vor. Diese wurden im späteren Verlauf aufgegriffen und eingearbeitet.

In eigener Kompetenz konnte der Beirat zwei gesonderte Themenkomplexe einbringen. Er verständigte sich über Sonderthemen EU und Medien.

Im Beirat wurde die Kurzfristigkeit der Einladungs- und Informationsverhaltens der Staatsregierung kritisiert. Die konstituierende Sitzung des Beirats fand wenige Tage vor Beginn der Sommerferien statt. Infolge dessen war es für Mitglieder schwierig bzw. unmöglich, Ergänzungen und Korrekturen an dem von der dimap GmbH vorgelegten Fragebogen effektiv einzubringen. Es wurde Einvernehmen darüber hergestellt, dass Informationen in Zukunft in angemessenem Vorlauf erfolgen und die zeitlichen Abläufe von Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden müssen.

Die Feldarbeit für die erste Umfrage des „Sachsen-Monitor“ begann am 8. August 2016.

2) Hervorhebungen, Bewertungen und Einordnungen des Sachsen-Monitors

Mit dem Sachsen-Monitor wird eine qualifizierte Erhebung der Einstellungen zur Demokratie sowie der politischen Einstellungen und Deutungsmuster in Sachsen vorgelegt. Der Beirat würdigt dies und stellt die hohe Bedeutung der Befunde fest, auf deren Basis gesellschafts-, bildungs- und sozialpolitische Konsequenzen gezogen werden können.

Im Ergebnis der Diskussion im Beirat wurden folgende Erkenntnisse des Monitors als hervorhebenswert herausgestellt.

a) Alarmierende Kennziffern von extrem rechtem, gruppenbezogen menschenfeindlichem und rassistischem Gedankengut

Ein Forschungsschwerpunkt des von der Staatsregierung in Auftrag gegebenen Sachsen-Monitors bildete die Messung menschenfeindlicher Einstellungen und Ressentiments in Anlehnung an das etablierte Forschungskonzept der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Bericht von dimap, S. 29). Demzufolge hat Sachsen ein Problem mit extrem rechtem Denken und mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Die Zahlen sind beunruhigend.

44 Prozent haben hohe und mittlere gruppenbezogen menschenfeindliche Einstellungen.

14 Prozent weisen einen hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf.

18 Prozent der Sachsen sagen, die Deutschen seien „anderen Völkern von Natur aus überlegen“. Ähnlich viele stimmen der Aussage „voll“ zu, die Bundesrepublik sei durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet. Die Zahlen sind dabei im ländlichen Raum, aber auch in mittelgroßen Städten besonders stark.

Besonders bedenklich ist der Grad des Ressentiments gegenüber Muslimen:

69 Prozent sagen, hier lebende Muslime akzeptieren unsere Werte nicht.

39 Prozent sagen, Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.

Die Tatsache, dass zwar 58 Prozent der Sachsen der Aussage eher oder voll zustimmen, Deutschland sei in einem gefährlichen Maß überfremdet, ihre persönliche Wohnumgebung sei es aber nicht (so vier Fünftel der Bevölkerung), kann ein Indiz dafür sein, dass bei manchen die mediale Berichterstattung, vorhandene Vorurteile und Unwissenheit zusammenspielen. Hier zeigt sich, dass Minderheiten als Projektionsfläche genutzt werden können.

Gleichwohl teilt die Mehrheit der Bevölkerung insgesamt keine harten gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen. Sachsen zeigt sich hierbei als gespaltenes Land.

Der Bildungsgrad spielt eine wesentliche Rolle in Bezug auf die Einstellungen. Sachsen mit Hauptschul- und ohne Abschluss stimmen mit 76 Prozent, davon eher 44 und voll 32 Prozent, der Aussage zu, „die Bundesrepublik ist durch Ausländer im besonderem Maße überfremdet“. Bei den Sachsen mit Realschulabschluss sind es 66 Prozent, mit Abitur 37 und mit Hochschulabschluss 33 Prozent. Es scheint eine gesplattene Problemwahrnehmung vorzuliegen. Während unter den Sachsen mit Abitur bei der offen gestellten Frage, was sind die „wichtigsten Probleme Sachsens“ mit 22 Prozent die „Sorge vor steigendem Rechtsradika-

lismus“ nennen, sagen 25 Prozent der Sachsen mit Hauptschul-, und ohne Abschluss sowie 21 Prozent mit Realschulabschluss, das wichtigste Problem sei „Asylpolitik/zu viele Ausländer“.

Phänomene der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit finden sich gleichwohl in allen sozialen Schichten der Bevölkerung. Ein Drittel der Sachsen, die sich der oberen Mittelschicht zuordnen, weist sogar sehr starke derartige Einstellungen, insbesondere in Bezug auf Muslime auf. Dieses Drittel stimmt häufiger „voll“ und nicht nur „eher“ islamophoben Aussagen zu. In dieser Teilgruppe wird der Nationalsozialismus bemerkenswert stark relativiert. Auch hier zeigt sich eine Spaltung: In einem anderen Teil der oberen Mittelschicht finden sich besonders geringe Zustimmungen zu menschenfeindlichen Einstellungen.

Sachsen, die sich der mittleren Mittelschicht zuordnen, erweisen sich als relativ weniger anfällig für menschenfeindliche Bewertungen, wenngleich sich auch dort hohe Werte finden. Dies könnte damit zusammenhängen, dass die zugeordnete Schichtzugehörigkeit nicht mehr die Pluralität der gesellschaftlichen Milieus und Lebenslagen widerspiegelt.

Die dargestellten Phänomene der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hängen stark mit dem Gefühl zusammen, dass es ungerecht zugeht. Ein Viertel der Sachsen mit Hauptschul- und ohne Abschluss glauben, dass es den Sachsen im Vergleich zu den hier lebenden Ausländern eher (20) oder viel schlechter (5) geht. Insgesamt glauben das nur 14 Prozent. Bei Sachsen mit starken gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen glauben sogar 40 Prozent, dass es den in Sachsen lebenden Ausländern bessergeht als den Deutschen, 76 Prozent sagen, dass sich Langzeitarbeitslose auf Kosten anderer ein schönes Leben machen; es scheint sich also nicht nur um ein Problem mit Fremden zu handeln. Über zwei Drittel dieser Gruppe empfinden Deutschland als eher oder sehr ungerecht; im sächsischen Durchschnitt sagt dies die Hälfte.

Sachsen mit wenig gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen haben nur zu 12 Prozent Abstiegsorgen, bei Befragten mit starken gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen nennen solche Sorgen zu 41 Prozent (in Bezug auf die eigenen Kinder sogar 54 Prozent). Während nur ein Viertel Sachsen, die sich als Unterschicht einschätzen, glauben, dass es eher gute oder sehr gute soziale Aufstiegschancen in Deutschland gibt, vermuten dies in der oberen Mittelschicht zwei Drittel.

Der Grad an gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen hängt zudem stark von Zukunftsängsten ab. Auch wenn Sachsen mit Hauptschulabschluss, ohne Abschluss oder Realschulabschluss die Zukunft Sachsens bzw. der wirtschaftlichen Lage des Freistaats und sogar ihre eigene wirtschaftliche Situation ähnlich positiv bewerten wie Menschen mit formal höheren Bildungsabschlüssen, machen sie sich eher oder sehr große Sorgen, dass es kommenden Generationen schlechter gehen wird als heute. Sachsen mit Realschulabschluss sind weniger pessimistisch und haben seltener „sehr große“ Sorgen.

b) Misstrauen gegenüber „der“ Politik und „der“ demokratischen Ordnung

Knapp über die Hälfte, 51 Prozent, sind mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert eher oder sehr zufrieden. Diese Zustimmungswerte sind schwach. Es überwiegen pauschale Vorurteile gegenüber der Politik. Ob es sich in Sachsen um eine zunehmende Entfremdung von der Politik handelt oder ob die Zustimmung immer schlecht war, kann aufgrund nicht vorliegender älterer Forschungen nicht festgestellt werden. Das Image der Politiker ist schlecht. Wenige geben an, sich um Ämter und Mandate bewerben oder in politischen Parteien mitarbeiten zu wollen. Gleichzeitig finden es 80 Prozent wichtig oder sehr wichtig, dass Bürger in demokratischen Parteien mitarbeiten. Umso schlechter der eigene soziale Status, umso weniger besteht die Bereitschaft, sich zu beteiligen und umso kritischer wird Politik bewertet.

Es zeigen sich autoritäre Denkmuster, wenn 62 Prozent „eine Partei wollen, welche die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ und 62 Prozent sagen, in diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand. Ältere Sachsen teilen solche Aussagen sehr viel deutlicher als jüngere Sachsen. 82 Prozent der über 70-Jährigen sagen, um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen. Hier scheinen Denkmuster aus autoritären Herrschaftssystemen überdauert zu haben.

Die Widersprüchlichkeit einiger Ergebnisse könnte damit zusammenhängen, dass das Verständnis der demokratischen Grundordnung defizitär ist. Wenn 62 Prozent der Befragten „eine Partei wollen, welche die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, doch gleichzeitig eine deutliche Mehrheit (85%) Opposition in der Demokratie als besonders wichtig empfindet, meinen sie mit „Volksgemeinschaft“ vermutlich nicht den von Nationalsozialisten geprägten und von Rechtspopulisten verwendeten Begriff. Die Daten zeigen: je geringer das Interesse, das Wissen und das Verständnis von Politik ist, desto größer ist die kritische Haltung und die pauschale Ablehnung.

Viele können offenbar nicht nachvollziehen, wie politische Entscheidungen zustande kommen. Sie haben den Eindruck, dass ihre eigenen Interessen nicht zum Zuge kommen.

Die Beobachtung anderer Studien über eine soziale Spaltung der Demokratie wird auch im Sachsen-Monitor bestätigt: Während Sachsen mit höheren Bildungsabschlüssen zu 84 Prozent angeben, sich wahrscheinlich an Parlamentswahlen zu beteiligen, sagen dies nur 60 Prozent der Sachsen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss. Doch diese soziale Spaltung setzt sich bei anderen, aufwändigeren Formen der demokratischen Beteiligung fort: Letztere würden kaum in Parteien mitarbeiten, während Sachsen mit Hochschulabschluss bereits zu 19 Prozent in einer Partei mitgearbeitet haben und es sich 21 Prozent vorstellen könnten. Ähnlich bei Bürgerinitiativen und Verbänden: nur 28 Prozent der Sachsen mit Hochschulabschluss sagen, sie würden hier nicht mitarbeiten, mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss sagen das 71 Prozent.

Eine der höchsten Nennungen des ganzen Monitors findet sich bei der Frage, „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“: 82 Prozent der Sachsen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss sowie 77 Prozent derer mit Realschulabschluss stimmen dieser Aussage voll oder eher zu. Sachsen mit höherer Bildung sind hier weit selbstbewusster, wenngleich immer noch überwiegend (über 50 Prozent) kritisch. Sachsen mit einem hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stimmen der Aussage sogar zu 88 Prozent zu.

Es ist nicht überraschend, dass sich die Sachsen deutlich mehr Beteiligung wünschen, vor allem in Städten und Kommunen, aber auch auf Landesebene und deutschlandweit. Die Menschen finden politische Bildung wichtig, vor allem an den Schulen. Dies ist 86 Prozent der Sachsen wichtig bzw. sehr wichtig. Das sagen auch 77 Prozent über politische Bildungsarbeit für Erwachsene.

c) Bewertung der Veränderungen durch die Wiedervereinigung und die Transformation

Fast jeder zweite Sachse (47 Prozent) sagt, nach der Wiedervereinigung wurde vielfach neues Unrecht geschaffen, unter den Älteren (70 Jahre und älter) sind es sogar 56 Prozent. Die der Aussage zustimmen, zeigen eine doppelt hohe Unzufriedenheit mit der Praxis der Demokratie in Deutschland wie die, welche der Aussage nicht zustimmen. 69 Prozent der Sachsen mit hohem Grad und 54 Prozent mit einem mittleren Grad an gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen stimmen der Aussage zu. Sachsen mit einem besonders hohen Grad an derartigen Einstellungen sehen zudem mehr Nachteile durch die Wiedervereinigung sowohl für Ostdeutschland als auch für sich persönlich. Sie stimmen deutlich seltener der Aussage zu, die DDR war ein Unrechtsstaat.

d) Hohe Lebenszufriedenheit, Zukunftssorgen und soziale Spaltung

Auffallend ist die Diskrepanz zwischen der hohen Lebenszufriedenheit einerseits und der Beschreibung von Zukunftsängsten und Ungerechtigkeiten andererseits. Sowohl die eigene wirtschaftliche Situation (78 Prozent) als auch die wirtschaftliche Lage Sachsens (73 Prozent) werden genauso positiv gesehen wie die konkreten Lebensumstände: die überwiegende Mehrheit ist deutlich sehr oder eher zufrieden mit ihrer Wohnsituation, dem Ausmaß an Freizeit und ihrer Gesundheit und selbst auch der Sicherheit in der direkten Wohnumgebung. Sie machen sich kaum Sorgen um ihren Arbeitsplatz.

Gleichzeitig bringt eine überwiegende Mehrheit der Sachsen ein großes Unbehagen über soziale und gesellschaftliche Entwicklungen zum Ausdruck. Die Hälfte macht sich Sorgen über Altersarmut, zwei Drittel glauben, dass es kommenden Generationen schlechter gehen wird, drei Viertel der Sachsen befürchten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren geht und vier Fünftel sorgen sich, dass die Gegensätze zwischen Arm und Reich zunehmen.

Die knappe Mehrheit empfindet, dass es in Deutschland alles in allem eher ungerecht zugeht.

Ein Defizit der Untersuchung wird deutlich, wenn anhand der Daten keine Aussagen über Armut und soziale Ungleichheit gemacht werden können. Es fällt auf, dass sich besonders diejenigen die eine hohe gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zeigen, sich besondere Sorgen um die Gegensätze zwischen Arm und Reich (95%) und den gesellschaftlichen Zusammenhalt (88%) machen. Hier zeigt sich, dass gesellschaftliche Desintegrationsprozesse gruppenbezogen menschenfeindliche Einstellungen und die Projektion von Ängsten auf Minderheiten deutlich befördern. Es werden soziale Konflikte wahrgenommen, die sich in den Augen der Betroffenen nicht über politische Beteiligung, sondern durch autoritäre Strukturen lösen lassen.

e) Generation der jungen Erwachsenen

Auffällig ist die Gruppe der 18 bis 29-jährigen. Diese Gruppe hat die DDR-Zeit nicht mehr bewusst erlebt. Während ihrer Kindheit und Jugend begegneten dieser Generation öffentliche Institutionen, die durch Umbrüche gekennzeichnet waren. Vielfach stellte sich für sie die Frage, wie glaubwürdig die Erwachsenengeneration ist.

Diese Generation ist auf der Suche nach gesellschaftlicher Integration. In ihrem Antwortverhalten ist die Gruppe gespalten und unterscheidet sich deutlich von der Gesamtgruppe.

Ein Teil ist besonders gruppenbezogen menschenfeindlich und hat rechtsradikale Einstellungen, während sich ein anderer Teil als besonders weltoffen erweist:

Viele dieser Generation stimmen Aussagen aus dem Bereich der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit „gar nicht zu“. Auch die offen gestellte Frage nach dem gegenwärtig wichtigsten Problem Sachsens zeigt diese Spaltung: Die Nachwendegeneration nannte sowohl mit großem Abstand (28 Prozent) gegenüber allen anderen Altersgruppen (insgesamt 19 Prozent) das Thema „zu viele Ausländer/Asyl“ als auch mit 20 Prozent „Sorge um steigenden Rechtsextremismus“ (insgesamt: 11) am stärksten.

Teile dieser Generation sind gruppenbezogen menschenfeindlicher, demokratiefeindlicher und relativieren besonders stark den Nationalsozialismus (NS). Fast ein Drittel (29 Prozent) stimmen der Aussage zu, die Verbrechen des NS würden in der Geschichtsschreibung übertrieben. Fast ebenso viele (26 Prozent) und somit doppelt so viele wie der Durchschnitt der Sachsen (13 Prozent) stimmen der Aussage voll (6) oder eher (20) zu, „Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht recht zu uns“. Damit ist die Zustimmungquote zu dieser Aussage höher als bei jeder anderen Altersgruppe. Der Schluss liegt nahe, dass ein nicht kleiner Teil dieser Generation mehr oder weniger radikal rechte resp. neofaschistische Positionen vertritt.

Doppelt so viele wie der Durchschnitt sagen, dass die Sachsen im Vergleich schlechter dastehen als die in Sachsen lebenden Ausländer. 26 Prozent sagen, die persönlichen Nachteile der Wiedervereinigung überwiegen, mehr als die Generation der 60-69-Jährigen (20).

Zufrieden mit der Arbeit des Ministerpräsidenten sind nur 36% (insgesamt 58%) und mit der sächsischen Staatsregierung nur 40% (insgesamt 61%). Auch mit der Demokratie in Deutschland und in Sachsen ist diese Gruppe am wenigsten zufrieden.

f) Medien

Ungefähr ein Fünftel der Befragten halten den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die regionalen Tageszeitungen für eher nicht (14 Prozent) bzw. für nicht glaubwürdig (7 bzw. 5 Prozent). Die überregionalen Tageszeitungen kommen auf ähnliche Werte. Deutlich schlechtere Werte geben die Befragten dem privaten Rundfunk und den „sozialen und anderen Medien, in denen Sie selbst mitwirken“. Die „Boulevardpresse“ wird von 37 Prozent als „eher nicht glaubwürdig“ und von 33 Prozent als „nicht glaubwürdig“ eingeschätzt. Jeweils deutliche Mehrheiten der befragten Sachsen geben an, Informationen über das politische Geschehen hauptsächlich aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk (75 Prozent) bzw. aus den regionalen Tageszeitungen (60 Prozent) zu beziehen.

Je höher der Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist, desto häufiger (allerdings nicht signifikant häufiger) werden regionale Tageszeitungen und öffentlich-rechtlicher Rundfunk als „eher nicht“ bzw. „nicht glaubwürdig“ eingeschätzt. Diese vergleichsweise niedrigen Glaubwürdigkeitsquoten treffen in ähnlicher Weise allerdings auch zu auf die Boulevardpresse und auf die sozialen Medien.

In der Gesamtbetrachtung des Datenmaterials fällt auf, dass das Vertrauen in die diversen Medien – auch in die sozialen Medien – insgesamt sinkt. Die Ursachen dafür wurden nicht untersucht. Sie könnten auch mit einem zunehmend kritischen Konsumentenverhalten zusammenhängen.

g) Europäische Union (EU)

Die EU stößt nur bei einem Drittel der Befragten auf Skepsis bzw. Ablehnung. Eine Minderheit schätzt sie als besonders positiv ein. Die Daten zeigen auch in Sachsen bekannte Kritikpunkte an europäischen Entscheidungsprozessen. Nur knappe Mehrheiten empfinden Europa als Gemeinschaftsprojekt für mehr Sicherheit und wirtschaftlichen Wohlstand. In der Frage nach „offenen Grenzen“ ist Sachsen gespalten. Gleichwohl meinen die meisten Sachsen, dass die EU europäische Interessen in der Welt bei Verhandlungen besser vertreten kann als jeder Staat für sich. Verständnis für die politischen Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene sowie die Akzeptanz der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU sind deutlich erkennbar abhängig vom Bildungsniveau der Befragten.

3) Konsequenzen, Empfehlungen und Hinweise des Beirats

- a) Der Beirat fordert die qualitative Verbesserung der politischen Bildung in Sachsen.
- b) Der Beirat sieht die Notwendigkeit, soziale Desintegration und geeignete Gegenmaßnahmen öffentlich zu diskutieren. Der Beirat empfiehlt, beim nächsten Sachsen-Monitor Armut, soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Desintegrationsprozesse zu fokussieren.
- c) Der Beirat empfiehlt, die Phänomene der beschriebenen gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Folgen und der Beeinträchtigung der Zukunftschancen für Sachsen öffentlich zu problematisieren und zu diskutieren.
- d) Der Beirat empfiehlt der Staatsregierung und allen anderen politischen Ebenen eine offensive Auseinandersetzung mit den Ergebnissen des Sachsen-Monitors.
- e) Der Beirat ist der Auffassung, dass die Ausprägung einer extrem rechten Jugendkultur, die Defizite an politischer Bildung (nicht nur, aber auch an Schulen), gesellschaftliche Integration und Defizite an sozialer Gerechtigkeit einer intensiven politischen und gesellschaftlichen Befassung bedürfen.
- f) Der Beirat empfiehlt, Politik, Gesellschaft und politische Bildung sollten besser und mehr über die Europäische Union informieren und für sie zu werben.

Ergänzende Bemerkungen und Hinweise des Leiters:

Der Leiter des Beirats empfiehlt, die Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung und der internationalen Jugendbegegnung quantitativ auszuweiten und qualitativ zu verbessern. Dies könnte durch eine Erleichterung der Förderbedingungen erreicht werden.

Der Leiter des Beirats verweist auf die Position des Sächsischen Kultursenats, dass eine quantitative Erweiterung und qualitative Verbesserung der kulturellen Jugendbildung geeignet sind, die Behebung der Defizite im Bereich der politischen Bildung zu unterstützen.

Der Leiter des Beirats verweist schließlich auf Folgendes:

83% der Befragten bejahen die Frage: „Halten Sie die Demokratie ganz allgemein für eine gute Regierungsform?“ Auch die überwiegende Mehrheit der untersuchten Teil-Gruppen hält die Demokratie für eine gute Regierungsform (Arbeitslose halten die Demokratie zu 73%, Personen mit einem hohen Grad an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu 59% für eine gute Regierungsform.).

Trotzdem stimmen 71% aller Befragten der Aussage zu: „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ („Stimme eher zu“: 30%; „Stimme voll zu“: 41%). 59% aller Befragten stimmen der Aussage zu: „Nur direkte Demokratie ist wahre Demokratie“ (24% stimmen voll zu, 35% eher zu.) Selbst bei den befragten Sachsen mit Hochschulabschluss stimmen der Aussage „Nur direkte Demokratie ist wahre Demokratie“ zu 19% voll und zu 28% eher zu.

Dieser Befund ist – jedenfalls teilweise – widersprüchlich. Er mag multikausal verursacht sein. Gleichwohl belegt er deutliche Defizite in der politischen Bildung.

86% der Befragten halten die politische Bildungsarbeit in den Schulen zu 45% für sehr wichtig und zu 41% für wichtig. (sehr hohe Zustimmungsraten in allen Teil-Gruppen). Die Befragten antworteten dabei auf die Aussage: „In Deutschland gibt es viele Möglichkeiten, aktiv die demokratische Ordnung zu schützen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie die folgenden Möglichkeiten für sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig halten. Politische Bildungsarbeit an Schulen?“

25% der Befragten gaben in diesem Zusammenhang an, dass sie die politische Bildungsarbeit für Erwachsene für sehr wichtig halten. 52% halten sie für wichtig. (auch hier hohe Zustimmungsraten in allen Teilgruppen)

Der Landesbeirat für Erwachsenenbildung wies beim Landesforum „Politische Bildung stärken!“ am 20. September 2016 in Chemnitz darauf hin, dass sich die politische Erwachsenenbildung im Freistaat Sachsen im Vergleich mit anderen Bundesländern in einer prekären finanziellen Situation befindet, dass es in Sachsen kein Bildungsurlaubsgesetz gibt und dass die politische Bildung im sächsischen Weiterbildungsgesetz lediglich als Möglichkeit, nicht als Pflichtangebot verankert ist.

Frank Richter
(Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung)
für den Beirat des Sachsen-Monitors

Dresden, 21.11.2016